

EINLEITUNG

GEGENSTAND UND FRAGESTELLUNGEN

Die Technische Hochschule Hannover, Vorgängerin der Universität Hannover, war eine der wichtigsten technikwissenschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalten in der Bundesrepublik Deutschland. Ähnlich der Stadt, in der sie zu Hause war, konnte die Hochschule nach 1945 viele Chancen der Wiederaufbauzeit für sich nutzen.

Die im Zweiten Weltkrieg stark zerstörte niedersächsische Hauptstadt kämpfte in den ersten Nachkriegsjahren mit der Wohnungsnot und dem Zuzug von Flüchtlingen, eroberte dann aber im Laufe der 1950er Jahre mit ehrgeizigen Wiederaufbauprojekten und internationalen Messen die Titelseiten der Bundesrepublik¹: Ein Stück des ungeliebten Image einer „behäbig-konventionell dahinglückende[n] Provinzstadt“² konnte abgestreift werden. Die Technische Hochschule Hannover, die ebenfalls zum Teil zerstört und anfangs zudem in ihrer Existenz umstritten war, konnte sich im Laufe des ersten bundesrepublikanischen Jahrzehnts vergrößern und ihre Entwicklung zu der Universität vorbereiten, die sie schließlich im Jahre 1968 werden sollte.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Geschichte der Technischen Hochschule Hannover in der unmittelbaren Nachkriegszeit und in den ersten Jahren der Bundesrepublik. Die Untersuchung beginnt mit den vielfältigen Problemen der Wiederaufbauphase und endet mit dem 125-jährigen Jubiläum im Jahre 1956, das vielen Hochschulangehörigen als gelungener Abschluss einer mühevollen Zeit galt.

In neueren Forschungen sind für die 1950er Jahre Elemente einer Konsolidierung und Modernisierung unter konservativen Vorzeichen herausgearbeitet worden. Personelle und mentalitätsgeschichtliche Kontinuitäten zur NS-Zeit und eine weit gehende Verweigerung der öffentlichen Thematisierung des Massenmordes an den europäischen Juden sowie Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung etwa durch die Amnestien für NS-Täter³ waren bestimmend für das poli-

1 Vgl. etwa „Das Wunder von Hannover“, DER SPIEGEL Jg. 13/Nr. 23 vom 3.6.1959.

2 Ebd.

3 Vgl. zusammenfassend Axel Schildt, „Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit“, in: Wilfried Loth/Bernd-A. Rusinek (Hg.), *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*, Frankfurt a. M. 1998, 19–54. Zum gouvernementalen Umgang mit der NS-Vergangenheit grundlegend Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik*, München 1999. Die u. a. aus dem Umgang mit NS-Tätern resultierenden Schäden für die demokratische Rechtsordnung untersucht Joachim Perels, *Das juristische Erbe des „Dritten Reiches“. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung*, Frankfurt a. M./New York 1999, 11ff., 203ff. Auch Michael Wildt stellt anhand der gesellschaftlichen

tische Klima der Nachkriegszeit; daneben werden in der jüngeren Forschung aber auch beginnende Veränderungsprozesse aufgezeigt.⁴ Zu nennen sind vor allem die Etablierung einer stabilen parlamentarischen Ordnung und die Anfänge einer Westorientierung, deren pluralisierende Auswirkungen sich aber hauptsächlich erst später, also Ende der 1950er Jahre und in den 1960er Jahren zeigten.⁵

Niedersachsen als stark agrarisch geprägtes Flächenland war in der unmittelbaren Nachkriegszeit in besonderer Weise von den materiellen und sozialen Problemen, die das Leben in ganz Deutschland bestimmten, betroffen. Insbesondere der Flüchtlingszuzug und die Wohnungsnot prägten das Alltagsleben. In Hannover war nach dem Krieg die Hälfte aller Wohnungen zerstört⁶; 1950 war jeder Dritte der 6,8 Millionen Niedersachsen ein Flüchtling.⁷ Aufgrund des Übergewichts des landwirtschaftlichen Sektors konnte das neu gegründete Land nicht voll an dem Anfang der 1950er Jahre mit dem „Korea-Boom“ einsetzenden Aufschwung teilhaben, da hiervon zunächst vor allem die exportorientierte Industrie profitierte.⁸ Die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen lag noch jahrelang über dem Bundesdurchschnitt⁹, und viele jüngere Menschen wanderten in die Industrieregionen Nordrhein-Westfalens ab.¹⁰ Neben den sozialen Belastungen war für die „verzögerte Normalisierung“ in Niedersachsen auch ein besonders stark ausgeprägter Rechtsradikalismus ausschlaggebend, der sich bei der Landtagswahl 1951

„Integration“ der Funktionäre des Reichssicherheitshauptamtes das „faktische Aussetzen des Strafbuchgesetzes“ in vielen Fällen fest und unterstreicht, dass die Entwicklung zur „Zivilgesellschaft“ nicht zuletzt dadurch „fragil und riskant“ gewesen sei (Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, 871).

- 4 Vgl. z. B. Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993; Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995; Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000; Arnd Bauerkämper/Konrad H. Jarausch/Markus M. Payk (Hg.), *Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970*, Göttingen 2005; Edgar Wolfrum, *Die gegliederte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006, bes. 144ff.
- 5 Vgl. z. B. Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000.
- 6 Bernd Weisbrod, „Der schwierige Anfang in den 50er Jahren: Das ‚Wirtschaftswunder‘ in Niedersachsen“, in: Ders. (Hg.), *Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Wiederaufbau in Niedersachsen*, Hannover 1998, 11–27, hier 22.
- 7 Ebd., 21.
- 8 Ebd., 17.
- 9 1950 lag die Arbeitslosenquote in Niedersachsen bei 19 Prozent, 1957 noch bei 10,3 Prozent. Laut den Angaben von Weisbrod lag sie Anfang der 50er Jahre etwa sieben, am Ende des Jahrzehnts ca. vier Prozent über dem Bundesdurchschnitt (Weisbrod, *Der schwierige Anfang*, 23).
- 10 Anfang der 50er Jahre wanderten allein von den Flüchtlingen etwa zehn Prozent weiter nach Westen ab; dabei handelte es sich meist um jüngere Personen auf der Suche nach Arbeit (Weisbrod, *Der schwierige Anfang*, 22).

deutlich niederschlug.¹¹ War die niedersächsische politische Kultur durch diese Hypothek also stark belastet und der Anteil des Landes am „Wirtschaftswunder“ anfangs eher bescheiden, schlug sich die „konservative Modernisierung“ der 1950er Jahre dennoch auch hier nieder. Der „Abschied vom Agrarland“¹² vollzog sich zwar langsam, aber stetig. Eine vielfältige Wissenschaftslandschaft, die nicht zuletzt durch Verlagerungen von Forschungseinrichtungen aus dem Osten Deutschlands noch wuchs, trug ihren Teil zu dieser Entwicklung bei.¹³

Die Technische Hochschule Hannover stellte wissenschaftliches know-how in vielen Bereichen zur Verfügung, die für das Gelingen des intersektoralen Strukturwandels von großer Wichtigkeit waren. Besondere Bedeutung hatten beispielsweise die Fachrichtungen Verkehrswesen, Bauwesen und Maschinenbau. Lehre und Forschung waren sowohl für die öffentliche Infrastruktur als auch für die Ansiedlung und Bindung von Betrieben wichtig. Für Unternehmen konnte es beispielsweise von großem Vorteil sein, keine eigenen Laboratorien unterhalten zu müssen, sondern Forschungs- und Prüfaufträge an Hochschulinstitute vor Ort vergeben zu können.¹⁴ Nicht zuletzt bildete die Technische Hochschule qualifiziertes Fachpersonal aus, auf das Betriebe und öffentliche Arbeitgeber angewiesen waren.

Die vorliegende Arbeit ist zum einen ein Beitrag zur westdeutschen Hochschulgeschichte. Zum anderen soll zur Erforschung der technischen Intelligenz als Teil der bundesdeutschen Eliten beigetragen werden. Die Bezeichnung „technische Intelligenz“ wird mit dem Technikhistoriker Karl-Heinz Ludwig verstanden als „Sammelbegriff für alle Ausübenden einer technisch-qualifizierten Tätigkeit, und zwar nicht nur im unmittelbaren Produktionsprozeß, sondern auch in staatlichen Forschungs- und Lehrinstituten sowie in der Verwaltung.“¹⁵

Das Forschungsinteresse an Akteuren technikwissenschaftlicher Fachrichtungen ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass IngenieurInnen und TechnikerInnen in den unterschiedlichsten Positionen und Funktionen gesellschaftlich prägend wirken, indem sie etwa in den Hochschulen, in der Verwaltung und in Wirtschaftsunternehmen tätig sind.

11 Die rechtsradikale Sozialistische Reichspartei (SRP) erlangte bei den Landtagswahlen von 1951 elf Prozent der Stimmen (Weisbrod, *Der schwierige Anfang*, 19f.). Vgl. hierzu auch Bernd Weisbrod (Hg.), *Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen*, Hannover 1995.

12 Vgl. Karl Heinz Schneider, „Der langsame Abschied vom Agrarland“, in: Weisbrod (Hg.), *Von der Währungsunion zum Wirtschaftswunder*, 133–160. Zu diesem Strukturwandel und seinen gesellschaftlichen Auswirkungen vgl. a. die Beiträge in Daniela Münkler (Hg.), *Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn*, Göttingen 2000.

13 Vgl. Manfred Heinemann, „Zur Wissenschafts- und Bildungslandschaft Niedersachsens von 1945 bis in die 50er Jahre“, in: Weisbrod (Hg.), *Von der Währungsunion zum Wirtschaftswunder*, 77–96.

14 Diesen Zusammenhang betonte etwa der hannoversche Rats Herr Karl Wiechert (SPD) im Jahre 1949 (Vgl. StAH: Niederschrift über die ordentliche Ratsversammlung am 21.9.1949, 4).

15 Karl-Heinz Ludwig, *Technik und Ingenieure im Dritten Reich*, Düsseldorf 1979, 30.

In dieser Studie werden sowohl jene Akteure in den Blick genommen, die als Professoren oftmals noch im Kaiserreich sozialisiert worden waren, als auch die Studierenden, die als künftige TechnikerInnen und NaturwissenschaftlerInnen die neu gegründete Bundesrepublik mit gestalten sollten. Sowohl die Studierenden als auch die Professoren waren Angehörige der zeitgenössischen bzw. zukünftigen Eliten. Insbesondere in der akademischen Sozialisation der Professoren spielte die Auseinandersetzung mit dem traditionellen Bildungsbürgertum häufig noch eine große Rolle. Das besonders um 1900 stark artikulierte Streben der technischen Intelligenz, von dessen Angehörigen als gleichwertig anerkannt zu werden, ist bereits in mehreren Studien thematisiert worden.¹⁶ Für die Bundesrepublik ist festgestellt worden, dass die technischen Akademiker zunehmend Ansprüche und Selbstdefinitionen entwickelten, die sich immer mehr denen einer modernen Leistungs- und Funktionselite näherten, für die die berufliche Leistung zum zentralen Medium der sozialen Distinktion wurde¹⁷ und die damit immer weniger auf die Anerkennung durch das traditionelle Bildungsbürgertum angewiesen war.

Die Studierenden des ersten Nachkriegsjahrzehnts können ebenfalls zu jenen (zukünftigen) Funktionseliten gerechnet werden, die Wolfgang Schluchter als „Aufstiegsgruppen“ kennzeichnet, welche darauf ausgerichtet seien, durch die Erfüllung von Leistungsanforderungen Spitzenpositionen zu erreichen.¹⁸ Dies impliziert jedoch nicht, dass die Herkunft für den gesellschaftlichen Aufstieg keine Rolle mehr spielte und spielt.¹⁹ In den letzten Jahren zeigt sich unter deutschen WissenschaftlerInnen ein wachsendes Interesse an der Erforschung von Eliten etwa in der Wirtschaft.²⁰ Den westdeutschen Universitäten und Hochschulen in

16 So zum Beispiel von Hans-Liudger Dienel, „Zweckoptimismus und -pessimismus der Ingenieure um 1900“, in: Ders. (Hg.), *Der Optimismus der Ingenieure. Triumph der Technik in der Krise der Moderne um 1900*, Stuttgart 1998, 9–24, hier 12ff.; Gerd Hortleder, *Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs. Zum politischen Verhalten der technischen Intelligenz in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1970, 145ff.; Bettina Gundler, *Technische Bildung, Hochschule, Staat und Wirtschaft. Entwicklungslinien des Technischen Hochschulwesens 1914–1930. Das Beispiel der TH Braunschweig*, Hildesheim 1991, 61ff.

17 Dirk van Laak, „Das technokratische Momentum in der deutschen Nachkriegsgeschichte“, in: Johannes Abele/Gerhard Barkleit/Thomas Hänseroth (Hg.), *Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen im geteilten Deutschland*, Köln/Weimar 2001, 89–104, hier 103.

18 Neben der „Funktionselite“ definiert Schluchter noch die „Wertelite“, deren Angehörige verbindliche Wert- und Gesellschaftsbilder produzieren und festigen, sowie die „Repräsentationelite“, die durch Delegation in politische Positionen gelangt. Vgl. Wolfgang Schluchter, „Der Elitebegriff als soziologische Kategorie“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* Jg. 15, 1963, 233–256, hier 253ff. Zum Kriterium der Leistung vgl. auch Beate Kraus, „Die Spitzen der Gesellschaft. Theoretische Überlegungen“, in: Dies. (Hg.), *An der Spitze. Von Eliten und herrschenden Klassen*, Konstanz 2001, 7–62, hier 19f.

19 Kraus, *Die Spitzen*, 39f.

20 Vgl. z. B. Karl Christian Führer/Karen Hagemann/Birthe Kundrus (Hg.), *Eliten im Wandel. Gesellschaftliche Führungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert*, Münster 2004; Kraus (Hg.), *An der Spitze*; Volker R. Berghahn/Stefan Unger/Dieter Ziegler (Hg.), *Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität*, Essen 2003.

der Zeit nach 1945 wird ebenfalls zunehmende Aufmerksamkeit geschenkt, auch wenn es hier noch erhebliche Forschungslücken gibt.²¹

Die westdeutsche Hochschullandschaft war in den ersten fünfzehn Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von dem Bemühen vieler Akteure gekennzeichnet, Traditionen der deutschen Ordinarienuniversität zu bewahren bzw. zu restaurieren, die als vom Nationalsozialismus „unbeschädigt“ galten.²² Eines der zentralen Ziele der meisten akademischen Leitungspersonen war es, die Unabhängigkeit der Hochschulen vom Staat auszubauen. Dies gelang: in den 1950er und auch noch in den 1960er Jahren blieben das Machtpotential und die Gestaltungsfreiheit der westdeutschen Ordinarien groß.²³ Vor dem Hintergrund der zunehmenden Ausdifferenzierung und Spezialisierung des Wissenschaftsbetriebes machten sich im Laufe der 1950er und 1960er Jahre aber auch neue Anforderungen an die Struktur des bundesdeutschen Hochschulwesens bemerkbar. Obwohl besonders Vertreter der Industrie häufig einen Ausbau des deutschen Hochschulwesens forderten, ging dieser in den 1950er Jahren nicht schnell genug voran, um den wachsenden Studentenzahlen und der internationalen Entwicklung gerecht zu werden.²⁴

Als Georg Picht 1964 den Begriff der „deutschen Bildungskatastrophe“²⁵ prägte, war das Problem eines Fachkräfte- und insbesondere Ingenieurmangels bereits seit Jahren ein Thema in der öffentlichen Debatte.²⁶ Nach den Empfehlungen des deutschen Wissenschaftsrates von 1960 sowie nicht zuletzt aufgrund des „Sputnik-Schocks“ von 1957 und seiner Popularisierung verstärkte man den Ausbau der deutschen Universitäten und Hochschulen – auch die Bundesregierung engagierte sich nun stärker im Wissenschaftsbereich.²⁷

21 Frank Sparing/Wolfgang Woelk, „Forschungsergebnisse und -desiderate der deutschen Universitätsgeschichtsschreibung: Impulse einer Tagung“, in: Karen Bayer/Frank Sparing/Wolfgang Woelk (Hg.), *Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit*, Stuttgart 2004, 7–32. Zum Forschungsstand siehe unten.

22 Vgl. z. B. Falk Pingel, „Wissenschaft, Bildung und Demokratie – Der gescheiterte Versuch einer Universitätsreform“, in: Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hg.), *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, Paderborn 1985, 183–209, hier 185; vgl. a. Ulrich Teichler, „Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland – ein Überblick“, in: Ders. (Hg.), *Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland*, Weinheim 1990, 11–42; Christoph Oehler/ Christiane Bradatsch, „Die Hochschulentwicklung nach 1945“, in: Christoph Führ/Carl-Ludwig Furck (Hg.), *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band VI: 1945 bis zur Gegenwart. Erster Teilband Bundesrepublik Deutschland*, München 1998, 412–446.

23 Teichler, Hochschulwesen, 14; Oehler/Bradatsch, Hochschulentwicklung, 413.

24 Teichler, Hochschulwesen, 14.

25 Georg Picht, *Die deutsche Bildungskatastrophe*, Olten 1964.

26 Zum Ingenieur- und insbesondere Konstruktorsmangel nach 1945 vgl. a. Matthias Heymann, *„Kunst“ und „Wissenschaft“ in der Technik des 20. Jahrhunderts: zur Geschichte der Konstruktionswissenschaft*, Zürich 2005, 202ff.

27 Teichler, Hochschulwesen, 14ff.; Oehler/Bradatsch, Hochschulentwicklung, 18. Die sozialliberale Koalition gründete im Herbst 1969 das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft; im selben Jahr wurde das Hochschulbauförderungsgesetz verabschiedet. 1971 folgte

Bevor die westdeutschen Universitäten und Hochschulen sich jedoch soweit konsolidiert hatten, dass sie den Herausforderungen der 1950er und 1960er Jahre begegnen konnten, gab es eine Formierungs- und Orientierungsphase, in der der Wiederaufbau, die Entnazifizierung des Lehrpersonals und der Aufbau einer demokratischen Selbstverwaltung im Vordergrund standen. Nicht zuletzt die Not der Studierenden, die zu einem großen Teil Soldaten gewesen waren oder als Flüchtlinge ihr Studium im Westen aufnahmen, stellte die Universitäten vor neue Aufgaben.

Auch die Technische Hochschule Hannover stand nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges somit vor vielfältigen Herausforderungen. Am dringlichsten war zunächst der Wiederaufbau einer in Teilen stark zerstörten Institution, die durch die Begleitumstände der Nachkriegszeit – wie etwa den Mangel an Lehrmitteln, die Raum- und Personalknappheit – in Mitleidenschaft gezogen war. Nicht nur mussten Mittel für den Wiederaufbau beschafft werden; auch die Position der Technischen Hochschule gegenüber dem neu geschaffenen Land Niedersachsen musste neu ausgehandelt werden. Dies war für die TH Hannover eine besonders schwierige Aufgabe, da ihr Weiterbestehen anfangs umstritten war. Obwohl die 1831 als Höhere Gewerbeschule gegründete Technische Hochschule eine alte und renommierte Bildungsinstitution war, wurde in den ersten Nachkriegsjahren immer wieder über eine zeitweise von der Landesregierung erwogene Schließung spekuliert.²⁸ Zu fragen ist, wie die Technische Hochschule in dieser schwierigen Ausgangssituation gegenüber der britischen Besatzungsmacht und der Landesregierung agierte und ihre Interessen vertrat.

Auch hinsichtlich des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit werden die strategische Position der Hochschulangehörigen, der Inhalt und der Erfolg ihrer Legitimationsbemühungen untersucht. Die Selbstdefinition sowohl der Professoren als auch der Studierenden als (zukünftige) Angehörige der Eliten und Träger eines wie auch immer gearteten gesellschaftlichen Führungsanspruches konnte unmittelbar nach Kriegsende nicht selbstverständlich sein und musste neu ausgehandelt werden. Da die Selbstdefinitionen und -stilisierungen einer gesellschaftlichen Gruppe die Strukturen nicht einfach spiegeln, sondern entscheidend mit konstituieren²⁹, war Schweigen keine Alternative. Wie die technischen Akademiker sich, ihre Aufgaben und ihre gesellschaftliche Stellung sahen und welche Zukunftsvorstellungen sie formulierten, ist ein zentraler Gegenstand dieser Untersuchung.

Nachdem der Nationalsozialismus tiefe Spuren in der deutschen Wissenschaftslandschaft hinterlassen hatte und viele Forscherinnen und Forscher sich aktiv an den Staatsverbrechen der Nationalsozialisten beteiligt hatten³⁰, waren

das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) und 1976 das Hochschulrahmengesetz (ebd.)

28 Hierzu ausführlich vgl. Kapitel 1.

29 So mit Bezug auf die Arbeiten Pierre Bourdieus z. B. Kraus, *Die Spitzen*, 35.

30 Zur Rolle von Universitäten und ForscherInnen im Nationalsozialismus vgl. z. B. John Connelly/ Michael Grüttner (Hg.), *Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*, Paderborn 2003; Margit Szöllözi-Janze (Hg.), *Science in the*

diese nicht nur dem von den Alliierten eingeführten Entnazifizierungsverfahren unterworfen, sondern mussten in der öffentlichen Diskussion auch Stellung zu der Frage nach der Rolle von Wissenschaft und Technik im NS-Staat nehmen.

Viele Professoren der Technischen Hochschule Hannover waren engagierte Nationalsozialisten oder zumindest Mitglieder in NS-Organisationen gewesen³¹; andere hatten in einer vorgeblich „unpolitischen“ Haltung geforscht und gelehrt. In den Hochschulinstituten war gleichwohl „kriegswichtige“ Forschung betrieben worden, so dass auch jene Professoren, die für sich in Anspruch nehmen wollten, nur vermeintliche „Grundlagenforschung“ betrieben zu haben, nach dem Krieg mit kritischen Nachfragen rechnen mussten.³² Anhand der Entnazifizierungsverfahren der Professoren soll untersucht werden, welche Legitimationsstrategien und Argumentationen die Akteure entwickelten, um ihr Handeln nachträglich zu rechtfertigen. In diesem Zusammenhang wird auch der Frage nach dem kommunikativen Binnengefüge im Kollegium der Technischen Hochschule besondere Aufmerksamkeit geschenkt: Welche Rolle spielten etwa die Stellung und das Ansehen eines Hochschullehrers sowie außerfachliche Konfliktlinien für den „günstigen“ oder „ungünstigen“ Ausgang eines Verfahrens?

Die Diskussion über die gesellschaftliche Rolle der Techniker nach 1945 stand in engem Zusammenhang mit diesen Legitimationsnotwendigkeiten. Welche Antworten boten die Professoren der TH Hannover nach der Erfahrung zweier Weltkriege in dieser Debatte an? Welche Kontinuitäten zu Erklärungsmustern aus der Zeit der Weimarer Republik, der NS-Zeit oder auch des Kaiserreiches tauch-

Third Reich, Oxford 2001; Ludwig, Technik und Ingenieure; Doris Kaufmann (Hg.), *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*, Göttingen 2000; Susanne Heim (Hg.), *Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus*, Göttingen 2002; Helmut König (Hg.), *Vertuschte Vergangenheit: der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen*, München 1997; Herbert Mehrrens, „Kollaborationsverhältnisse: Natur- und Technikwissenschaften im NS-Staat und ihre Historie“, in: Christoph Meinel/Peter Voswinkel, *Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus*, Stuttgart 1994, 13–32; Anselm Faust, „Professoren für die NSDAP. Zum politischen Verhalten der Hochschullehrer 1932/33“, in: Manfred Heinemann (Hg.), *Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung*, Stuttgart 1980, 31–49; Helmut Heiber, *Universität unterm Hakenkreuz*, 3 Bde., München u. a. 1991–1994.

- 31 Laut Michael Jung waren im Jahre 1944 von den rund 40 beamteten Professoren der TH Hannover 77 Prozent in der NSDAP und/oder dem Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund (NSDDB) organisiert. In der Fakultät I für Allgemeine Wissenschaften waren es 57 Prozent; in der Fakultät II für Bauwesen 94 Prozent und in der Fakultät III für Maschinenwesen 77 Prozent. Vgl. Adelheid von Saldern/Anette Schröder/Michael Jung/Frauke Steffens, „Geschichte als Zukunft. Die Technische Hochschule in den Umbruchszeiten des 20. Jahrhunderts“, in: Rita Seidel (Hg.), *Universität Hannover 1831–2006. Festschrift zum 175-jährigen Bestehen der Universität Hannover*, Band 1, Hildesheim/Zürich/New York 2006, 205–228, hier 213.
- 32 Michael Jung hat herausgearbeitet, dass „nahezu alle technisch-naturwissenschaftlichen Institute“ der Hochschule an als „kriegswichtig“ eingestuftes Forschungs- und Entwicklungsarbeiten beteiligt waren; insgesamt konnte er die Beteiligung an mindestens 175 solcher Arbeiten nachweisen (Ebd., 217).

ten in der Technikdiskussion nach 1945 auf und welche Elemente eines Wandels sind bereits in den ersten zehn Nachkriegsjahren erkennbar?

Neben den Professoren liegt ein wesentlicher Schwerpunkt dieser Arbeit auf der Untersuchung der Studierenden der Technischen Hochschule. Besonders im Hinblick auf die Studierenden der unmittelbaren Nachkriegsjahre kann der Einfluss von Nationalsozialismus und Krieg auf ihre Biographie schwerlich überschätzt werden. So waren die männlichen Studierenden der ersten Nachkriegsjahre überwiegend Soldaten gewesen und waren mit einem Durchschnittsalter von 27 Jahren deutlich älter als spätere Studentenjahrgänge. Hinzu kam ein hoher Anteil von Flüchtlingen.³³ Nicht selten ist unterstellt worden, es handele sich bei den Studierenden der Nachkriegsjahre um Angehörige einer unpolitischen, häufig mit Helmut Schelsky so genannten „skeptischen“ Generation.³⁴ In dieser Arbeit werden zur Überprüfung der These vom „unpolitische[n] Studententypus der 1950er Jahre“³⁵ ausgewählte Diskussionen und Äußerungen der Hannoveraner Studierenden untersucht. So soll eine differenzierte Einschätzung der Einstellungen und Redeweisen in Bezug auf politische Fragen vorgenommen und damit zur Analyse der politischen Kultur der Nachkriegsstudierenden beigetragen werden.³⁶ Wie die auf unterschiedliche Weise vom Nationalsozialismus geprägten Studierenden auf die Herausforderungen der Nachkriegszeit reagierten, wird in dieser Untersuchung anhand ausgewählter Themenbereiche herausgearbeitet. Dabei steht neben dem politischen Verhalten der Studierenden nicht zuletzt die Frage nach der Ausgestaltung neuer wie alter studentischer Vereinigungen im Vordergrund. Wie wollten die Studierenden, die vor allem nach dem erklärten Willen der Briten die Demokratie nun „einüben“ sollten, das damals so genannte „studentische Gemeinschaftsleben“ gestalten und welche Konflikte galt es dabei auszutragen?

Neben den direkt auf die Professoren und Studierenden bezogenen Forschungsfragen soll auch der Verlauf der Hochschulreformdiskussion an der TH Hannover untersucht werden. Hierbei wird sowohl nach den Reformvorstellungen der britischen Besatzungsmacht als auch nach der Position von Landesregierung und Hochschule zu einzelnen Reformprojekten gefragt.

Schließlich wird gezeigt, wie die Technische Hochschule Hannover nach 1945 ihre Imagepolitik nach außen und innen gestaltete und durch welche Reprä-

33 NHStA Nds. 423, Acc. 11/85, Nr. 419, Ergebnisse einer Erhebung der Universität Göttingen unter den Studierenden der TH Hannover, 22.7.1948.

34 Helmut Schelsky, *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*, 2. Aufl. Düsseldorf/Köln 1958.

35 Michael Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn 1995, 480.

36 Zum Begriff der politischen Kultur vgl. z. B. Dirk Berg-Schlosser, „Erforschung der Politischen Kultur – Begriffe, Kontroversen, Forschungsstand“, in: Gotthard Breit (Hg.), *Politische Kultur in Deutschland. Eine Einführung*, 2. Aufl. Schwalbach/Ts. 2004, 8–29; Thomas Mergel, „Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik“, in: *Geschichte und Gesellschaft Jg. 28 (2002), H. 4*, 574–606; Karl Rohe, „Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts“, in: Oskar Niedermayer/Klaus von Beyme (Hg.), *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*, Berlin 1994, 1–22; Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler, *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, Opladen 1987.

sentationsformen und Symbolsetzungen sie ihre Selbstbilder transportierte. Dabei wird der Blick auf die akademischen Feiern nach 1945 gerichtet, die nicht zuletzt auch Aufschluss über die Zukunftsvorstellungen der Akteure geben können.

FORSCHUNGSSTAND

Einzelne Aspekte der Geschichte der Technischen Hochschule Hannover sind bereits gut erforscht. Die vorliegende Arbeit hat insbesondere von der Untersuchung der Historikerin Anette Schröder über die Studentenschaft in den Jahren von 1925 bis 1938 profitiert.³⁷ Einen orientierenden Überblick über die Geschichte der Hochschule im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit enthält die Festschrift zum 175-jährigen Jubiläum der Universität Hannover im Jahre 2006.³⁸ Daneben liegt eine Untersuchung über die hannoversche Studentenbewegung der Jahre 1967 bis 1969 vor.³⁹ Hinzu kommt ein Sammelband, der sich mit der Bau- und Planungsgeschichte der Universität Hannover befasst.⁴⁰

Der Wiederaufbau der Technischen Hochschule, die Situation der Studierenden und des Lehrkörpers in der Nachkriegszeit sowie die Veränderungen in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, die letztlich den Weg zur Erweiterung der Hochschule und zur Gründung der Universität Hannover im Jahre 1968 ebneten, sind trotz guter Quellengrundlage noch nicht eingehend untersucht worden. In der Festschrift anlässlich des 150-jährigen Bestehens der Hochschule im Jahr 1981 wird die Zeit des Wiederaufbaus lediglich cursorisch dargestellt.⁴¹ Daneben existiert eine disziplingeschichtliche Arbeit, die die Probleme der Nachkriegszeit je-

37 Anette Schröder, *Vom Nationalismus zum Nationalsozialismus. Die Studenten der Technischen Hochschule Hannover von 1925 bis 1938*, Hannover 2003. Vgl. a. dies., „Männer der Technik im Dienst von Krieg und Nation.“ Die Studenten der Technischen Hochschule Hannover im Nationalsozialismus“, in: Bayer/Sparing/Woelk, *Universitäten und Hochschulen*, 33–52, sowie dies., „Männlichkeitskonstruktionen, Technik- und Kriegsfaszination am Beispiel der Studenten im Hannover der 20er Jahre“, in: Tanja Thomas/Fabian Virchow (Hg.), *Banal Militarism. Zur Veralltäglicung des Militärischen im Zivilen*, Bielefeld 2006, 289–305. Daneben befindet sich eine Dissertation, die sich mit dem Lehrkörper der THH von 1933–1945 beschäftigt, in Bearbeitung (Michael Jung, „...voll Begeisterung schlagen unsere Herzen zum Führer“. *Die Technische Hochschule Hannover und ihre Professoren im Nationalsozialismus*, Ms. Hannover 2003). Für die freundliche Überlassung des Manuskriptes, von dem diese Arbeit ebenfalls profitiert hat, danke ich Michael Jung. Einen orientierenden Überblick über die Quellen zur Hochschulgeschichte im NS-System bietet Daniela Munkel, *Die Technische Hochschule Hannover im Nationalsozialismus. Eine kommentierte Übersicht über die vorhandenen Quellen und Materialien*, Hannover 1996.

38 Von Saldern u. a., *Geschichte als Zukunft*.

39 Anna Christina Berlit, *Notstandskampagne und Rote-Punkt-Aktion: die Studentenbewegung in Hannover 1967–1969*, Bielefeld 2007.

40 Sid Auffahrt/Wolfgang Pietsch (Hg.), *Die Universität Hannover: ihre Bauten, ihre Gärten, ihre Planungsgeschichte*, Petersberg 2003.

41 H.-W. Niemann, „Die TH im Spannungsfeld von Hochschulreform und Politisierung (1918–1945)“, in: Rita Seidel (Schriftlgt.), *Universität Hannover 1831–1981. Festschrift zum 150jährigen Bestehen der Universität Hannover Bd. 1*, Stuttgart 1981, 74–92, hier 90 ff.

doch nur streift, indem sie die materiellen Zerstörungen beschreibt.⁴² Auch eine Studie über einen Hochschullehrer der TH Hannover geht auf diese Zeit lediglich im biographischen Zusammenhang ein.⁴³

In den letzten Jahrzehnten sind, häufig aus Anlass von Universitätsjubiläen, zahlreiche Untersuchungen zu einzelnen deutschen Universitäten und Hochschulen erschienen. Diese beschäftigen sich oftmals mit der Zeit des Nationalsozialismus⁴⁴ oder behandeln einen sehr großen Zeitraum.⁴⁵ Während die NS-Zeit an den deutschen Hochschulen vergleichsweise gut erforscht ist, gibt es nur für wenige Hochschulstandorte detaillierte Fallstudien zu Wiederaufbau, politischem Neuanfang und studentischem Leben in der Nachkriegszeit.⁴⁶ So existieren Forschungen zur Geschichte der Studierenden nach 1945 häufig erst „in Ansätzen“⁴⁷ und auf einzelne Standorte bezogen.⁴⁸ Neben den Untersuchungen zu einzelnen Hoch-

42 Fachbereich Chemie der Universität Hannover, *Die Geschichte der Chemie an der Technischen Hochschule und der Universität Hannover* (Red. Bearb.: G. Wunsch), Hannover 1999.

43 Ursula Kellner, *Heinrich Friedrich Wiepking (1891–1973). Leben, Lehre und Werk*, Diss. rer. hort. Hannover 1998.

44 Vgl. z. B. Uwe Dietrich Adam, *Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich*, Tübingen 1977; Walter Kertz (Hg.), *Hochschule und Nationalsozialismus. Referate beim Workshop zur Geschichte der Carolo-Wilhelmina am 5./6. Juli 1993*, Braunschweig 1994; Heinrich Becker/Hans-Joachim Dahms/Cornelia Wegeler (Hg.), *Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus*, 2. erw. Ausgabe München 1998; Anne Christine Nagel (Hg.), *Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte*, Stuttgart 2000; Rüdiger vom Bruch/Christoph Jahr (Hg.), *Die Berliner Universität in der NS-Zeit*, 2 Bde., Stuttgart 2005; Wolfgang U. Eckert/Volker Sellin/Eike Wolgast (Hg.), *Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus*, Berlin/Heidelberg 2006.

45 Vgl. u. a. Walter Kertz/Peter Albrecht (Hg.), *Technische Universität Braunschweig. Vom Collegium Carolinum zur Technischen Universität*, Hildesheim 1995; Notker Hammerstein, *Die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule. Bd. 1: 1914–1950*, Frankfurt a. M. 1989; Bernd Heimbüchel/Klaus Pabst, *Kölner Universitätsgeschichte. Bd. II: Das 19. und 20. Jahrhundert*, Köln, Wien 1988; Walter Jens, *Eine deutsche Universität. 500 Jahre Tübinger Gelehrtenrepublik*, 4. Aufl. München 1970.

46 Vgl. Peter Respondek, *Der Wiederaufbau der Universität Münster in den Jahren 1945–1952 auf dem Hintergrund der britischen Besatzungspolitik*, Phil. Diss. Münster 1992; Rainer Maaß, *Die Studentenschaft der Technischen Hochschule Braunschweig in der Nachkriegszeit*, Husum 1998, sowie Uta Krukowska, *Die Studierenden der Universität Hamburg in den Jahren 1945–1950*, Hamburg 1993. Die Neugründung der Freien Universität Berlin untersucht Siegwald Lönnendonker, *Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität*, Berlin 1988.

47 Sparing/Woelk, Forschungsergebnisse und -desiderate, 10.

48 Neben den oben genannten Studien von Maaß, Respondek und Krukowska untersuchen das studentische Leben in der Nachkriegszeit z. B. Herbert Obenaus, „Geschichtsstudium und Universität nach der Katastrophe von 1945: das Beispiel Göttingen“, in: Karsten Rudolph/Christl Wickert (Hg.), *Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie. Festschrift für Helga Grebing*, Essen 1995, 307–337; Konrad H. Jarausch, *Deutsche Studenten 1800–1970*, Frankfurt a. M. 1984; Waldemar Krönig/Klaus Dieter Müller, *Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit*, Stuttgart 1990; Sigrid Metz-Göckel/Christine Roloff/Anne Schlüter, „Frauenstudium nach 1945 – Ein Rückblick“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/29, 7.7.1989, 13–21; Waldemar Krönig, „Studentische Existenz in Ost und

schulen gibt es Arbeiten, die die Nachkriegszeit an deutschen Universitäten und anderen Forschungsinstitutionen übergreifend thematisieren.⁴⁹ Hinzu kommen personengeschichtlich orientierte Ansätze.⁵⁰ Ein wichtiger Teil der deutschen Universitätsgeschichte nach 1945 ist die Remigration der durch die Nationalsozialisten vertriebenen Hochschullehrer.⁵¹

Die Entwicklung der bundesdeutschen Technischen Hochschulen in der Nachkriegszeit ist bisher häufig in Form von Jubiläums-Festschriften dargestellt worden.⁵² Daneben gibt es weitere Studien zu einzelnen westdeutschen Technischen Hochschulen bzw. Technischen Universitäten.⁵³ Wichtig für eine Untersu-

West 1945–1961“, in: Walter Kertz (Hg.), *Technische Hochschulen und Studentenschaft in der Nachkriegszeit. Referate beim Workshop zur Geschichte der Carolo-Wilhelmina am 4./5. Juli 1994*, Braunschweig 1995, 51–60. Statistisches Material zur Studierendengeschichte nach 1945 bietet Gerhard Kath, *Das soziale Bild der Studentenschaft. Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerkes*, Bonn 1952, 1957, 1960 und 1964.

- 49 Vgl. z. B. Oehler/Bradatsch, Hochschulentwicklung; Thomas Ellwein, *Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1992; Christoph Oehler, *Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945*, Frankfurt a. M./New York 1989; Thomas Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945–1965*, Köln 1981; Gerhard Hess, *Die deutsche Universität 1930–1970*, Darmstadt 1970.
- 50 Vgl. Frank Golczewski, *Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus. Personengeschichtliche Ansätze*, Köln/Wien 1988; Markus Bernhardt, *Gießener Professoren zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik. Ein Beitrag zur hessischen Hochschulgeschichte 1945–1957*, Gießen 1990.
- 51 Vgl. hierzu z. B. Anikó Szabó, *Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des Nationalsozialismus*, Göttingen 2000; Ulrike Cieslok, „Eine schwierige Rückkehr. Remigranten an nordrhein-westfälischen Hochschulen“, in: Claus-Dieter Krohn/Erwin Rotermund/Lutz Winckler/Wulf Koepke (Hg.), *Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 9: Exil und Remigration*, München 1991, 115–127; Horst Möller, „Die Remigration von Wissenschaftlern nach 1945“, in: Wolfgang Motzkau-Valeton/Edith Böhme (Hg.), *Die Künste und die Wissenschaften im Exil 1933–1945*, Gerlingen 1992; Claus-Dieter Krohn, „Deutsche Wissenschaftsemigration seit 1933 und ihre Remigrationsbarrieren nach 1945“, in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik: Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002, 437–452; Ders./Patrik von zur Mühlen/Gerhard Paul/Lutz Winckler (Hg.), *Handbuch der deutschsprachigen Emigration*, Darmstadt 1998, 681–92.
- 52 Vgl. Peter Brandt, „Wiederaufbau und Reform. Die Technische Universität Berlin 1945–1950“, in: Reinhard Rürup (Hg.), *Wissenschaft und Gesellschaft – Beiträge zur Geschichte der TU Berlin 1879–1979, Bd. 1*, Berlin 1979, 495–522; Norbert Becker/Franz Quarthal (Hg.), *Die Universität Stuttgart nach 1945. Geschichte – Entwicklungen – Persönlichkeiten*, Stuttgart 2004; Heinz Kunle/Stefan Fuchs (Hg.), *Die Technische Universität an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Festschrift zum 175jährigen Jubiläum der Universität Karlsruhe (TH)*, Berlin/Heidelberg/New York u. a. 2000; Brigitte Kuntzsch (Red.), *Technische Bildung in Darmstadt. Die Entwicklung der Technischen Hochschule 1836–1996. Bd. 5: Vom Wiederaufbau zur Massenuniversität*, Darmstadt 2000.
- 53 Die Nachkriegsgeschichte der Technischen Hochschulen ist über die in der vorigen Anmerkung genannten Festschriften hinaus erst zum Teil erforscht. Die TU Braunschweig ist besonders gründlich untersucht worden. Hier finden seit 1986 Workshops zur Hochschulge-

chung der ersten Nachkriegsjahre an der Technischen Hochschule Hannover sind auch Arbeiten zur britischen Hochschulpolitik⁵⁴ sowie Quellensammlungen und Studien zur Geschichte der westdeutschen Hochschulpolitik und des Bildungswesens.⁵⁵

Ein vergleichsweise gut erforschter Aspekt der Nachkriegsgeschichte der deutschen Hochschulen ist die Entnazifizierung des Lehrpersonals.⁵⁶ Im Hinblick

schichte statt, deren Ergebnisse regelmäßig publiziert werden. Vgl. z. B. Walter Kertz (Hg.), *Referate beim Workshop zur Geschichte der Carolo-Wilhelmina am 30. Juni 1986 und Kurzprotokoll der Veranstaltungen des Hochschultages am 5. Juli 1985*, Braunschweig 1986; Ders. (Hg.), *Hochschule und Nationalsozialismus*; Ders. (Hg.), *Technische Hochschulen und Studentenschaft*. Neben den Projektberichten gibt es weitere Studien zur TU Braunschweig, z. B. Kertz/Albrecht (Hg.), *Technische Universität Braunschweig*; Maaß, *Studentenschaft*. Zur RWTH Aachen vgl. Rüdiger Haude, *Dynamiken des Beharrens. Die Geschichte der Selbstverwaltung der RWTH Aachen seit 1945. Ein Beitrag zur Theorie der Reformprozesse*, Aachen 1993. Zur Situation der westdeutschen Technischen Hochschulen nach 1945 vgl. a. Bernhard Schäfers, „Die Technischen Hochschulen in der Universitäts- und Gesellschaftsgeschichte nach 1945“, in: Kunle/Fuchs, *Die Technische Universität*, 431–441.

54 Vgl. u. a. Manfred Heinemann, „1945: Universitäten aus britischer Sicht“, in: Ders. (Hg.), *Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland*, Hildesheim 1990, 41–60; David Phillips, *German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the Control of Higher Education*, Oxford 1983; Ders., *Zur Universitätsreform in der britischen Besatzungszone 1945–1948*, Köln 1983; Ders., *Pragmatismus und Idealismus. Das ‚Blaue Gutachten‘ und die britische Hochschulpolitik in Deutschland 1948*, Köln 1995; Günter Paschkies, *Umerziehung in der Britischen Zone 1945–1949. Untersuchungen zur britischen Re-education-Politik*, 2. Aufl. Köln/Wien 1984; Zur Bildungspolitik der Briten vgl. a. Manfred Heinemann (Hg.), *Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich*, Stuttgart 1981; Rolf Lutzebeck, *Die Bildungspolitik der britischen Militärregierung im Spannungsfeld zwischen „education“ und „reeducation“ in ihrer Besatzungszone, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg in den Jahren 1945–47*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1991.

55 Vgl. z. B. Alexander Kluge, *Die Universitäts-Selbstverwaltung. Ihre Geschichte und gegenwärtige Rechtsform*, Frankfurt a. M. 1958; Rolf Neuhaus (Bearb.), *Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959*, Wiesbaden 1961; Oskar Anweiler u. a. (Hg.), *Bildungspolitik in Deutschland 1945–1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband*, Opladen 1992; Christoph Führ, *Deutsches Bildungswesen seit 1945: Grundzüge und Probleme*, Neuwied u. a. 1997; Ders./Carl-Ludwig Furck (Hg.), *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band VI: 1945 bis zur Gegenwart. Erster Teilband Bundesrepublik Deutschland*, München 1998; Peter Weingart/Niels C. Taubert, *Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*, Velbrück 2006.

56 Vgl. z. B. Robert P. Ericksen, „The Göttingen University Theological Faculty: A Test Case in Gleichschaltung and Denazification“, in: *Central European History* 17, 1984, 355–383; Ullrich Schneider, „Zur Entnazifizierung der Hochschullehrer in Niedersachsen 1945–1949“, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 61 (1989), 325–346; Hugo Ott, „Schuldig – mitschuldig – unschuldig? Politische Säuberungen und Neubeginn“, in: Eckhard John/Bernd Martin/Marc Mück/Hugo Ott (Hg.), *Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus*, Freiburg/Würzburg 1991, 243–258; Silke Seemann, *Die politischen Säuberungen des Lehrkörpers der Freiburger Universität nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (1945–1957)*, Freiburg i. Br. 2002; Sylvia Paletschek, „Entnazifizierung und Universitätsentwicklung in der Nachkriegszeit am Beispiel der Universität Tübingen“, in: vom Bruch/Kaderas, *Wissenschaften*, 393–408; Peter Chroust, „Demokratie auf Befehl? Grundzüge

auf Technische Hochschulen besteht hier zum Teil allerdings noch Nachholbedarf.⁵⁷

Neben den Studien, die sich in erster Linie mit dem Ablauf und den Folgen der Entnazifizierung beschäftigen, sind für den Forschungsgegenstand Hochschule vor allem jene Analysen interessant, die die „Akademische Vergangenheitspolitik“⁵⁸ in einem breiteren Sinne untersuchen. In einem so betitelten Aufsatzband werden über die Frage nach der personellen Kontinuität hinaus die Verwandlungs- und Anpassungsstrategien von Wissenschaft und Wissenschaftlern analysiert, die ihren Erfolg auch in der Bundesrepublik ermöglichten. Bernd Weisbrod nimmt beispielsweise bestimmte akademische Traditionen in den Blick und untersucht ihre vergangenheitspolitische Funktion, wie etwa die „rituelle Kollegialität“ unter den Professoren.⁵⁹ Die anderen AutorInnen des Bandes untersuchen für verschiedene akademische Disziplinen Struktur und Funktion des „wandelbaren Geistes“ (Weisbrod) in der Wissenschaft und tragen so zur Erweiterung der Perspektive der Wissenschaftsgeschichte nach 1945 bei.

Einen über die Untersuchung säuberungspolitischer Praxis hinausgehenden Ansatz verfolgt auch Mitchell G. Ash.⁶⁰ Ash verdeutlicht die politische Multivalenz und Anpassungsfähigkeit von Wissenschaft und Wissenschaftlern und zeigt anhand von Fallbeispielen, dass „Kontinuität“ nicht aus der bruchlosen Fortführung des Alten, sondern in der Anpassung der eigenen wissenschaftlichen Arbeit an neue politische Umstände bestand.

Den Umgang von WissenschaftlerInnen mit der politischen Vergangenheit untersucht auch Klaus Hentschel in einer Studie über die deutschen Physiker in der unmittelbaren Nachkriegszeit.⁶¹ Interpretations- und Neuorientierungsversu-

ge der Entnazifizierungspolitik an den deutschen Hochschulen“, in: Renate Knigge-Tesche (Hg.), *Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat*, Frankfurt a. M. 1999, 133–149; Hans Uwe Feige, „Die Entnazifizierung des Lehrkörpers der Universität Leipzig“, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* Jg. 42 (1994), H. 9, 795–808; Mitchell G. Ash, „Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945“, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 43 (1995), 903–923. Auch Respondek, Universität Münster enthält ein Kapitel über die Entnazifizierung.

57 Zur Entnazifizierung an Technischen Hochschulen vgl. Kurt Düwell, „Zwischen Entnazifizierung und Berufungsproblemen. Die RWTH im Kontext der deutschen Universitätsgeschichte nach 1945“, in: Loth/Rusinek, *Verwandlungspolitik*, 313–331; Werner Tschacher, „Ich war also in keiner Form aktiv tätig. Alfred Buntru und die akademische Vergangenheitspolitik an der RWTH Aachen 1948–1960“, in: *Geschichte im Westen* Jg. 19 (2004), 197–229; Norbert Becker, „Die Entnazifizierung der Technischen Hochschule Stuttgart“, in: Becker/Quarthal, *Universität Stuttgart*, 35–48.

58 Bernd Weisbrod (Hg.), *Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit*, Göttingen 2002.

59 Bernd Weisbrod, „Dem wandelbaren Geist. Akademisches Ideal und wissenschaftliche Transformation in der Nachkriegszeit“, in: Ders. (Hg.), *Akademische Vergangenheitspolitik*, 11–38, hier 19.

60 Ash, *Verordnete Umbrüche*.

61 Klaus Hentschel, *Die Mentalität deutscher Physiker in der frühen Nachkriegszeit (1945–1949)*, Heidelberg 2005.

che von Akademikern sind auch Gegenstand einer Arbeit von Ralph Boch über die deutschen Universitätsrektoren nach 1945, deren Nachkriegspublikationen systematisch ausgewertet wurden; die Technischen Hochschulen blieben allerdings unberücksichtigt.⁶² Ein weiterer Beitrag zu diesem Problemkreis ist der Sammelband „Vertuschte Vergangenheit“, in dem ebenfalls anhand von Beispielen aus verschiedenen akademischen Disziplinen Uminterpretations- und Anpassungsprozesse von Wissenschaft und Wissenschaftlern untersucht werden.⁶³ Die Umwidmungs- und Uminterpretationsversuche in Technik und Naturwissenschaften rücken vor allem Herbert Mehrstens, Gerd Hortleder, Monika Renneberg und Mark Walker in den Mittelpunkt.⁶⁴ Die Entwicklung der Technik in der Bundesrepublik und das Selbstverständnis der westdeutschen technischen Intelligenz sind Gegenstand einzelner Studien.⁶⁵ In der Forschungsliteratur wird allerdings betont, dass die deutsche Technikgeschichte für die Zeit nach 1945 noch erhebliche Lücken aufweise.⁶⁶ Insbesondere aus dem angelsächsischen Raum kommen wichtige Beiträge zur kulturwissenschaftlichen Erforschung der Technik.⁶⁷

62 Ralph Boch, *Exponenten des „akademischen Deutschland“ in der Zeit des Umbruchs: Studien zu den Universitätsrektoren der Jahre 1945 bis 1950*, Marburg 2004.

63 König/Kuhlmann/Schwabe, *Vertuschte Vergangenheit*.

64 Vgl. Mehrstens, *Kollaborationsverhältnisse*; Ders., „„Mißbrauch“. Die rhetorische Konstruktion der Technik nach 1945“, in: Kertz (Hg.), *Technische Hochschulen und Studentenschaft*, 33–50; Hortleder, *Gesellschaftsbild*; Monika Renneberg/Mark Walker, *Science, Technology and National Socialism*, Cambridge 1994; Mark Walker, „The Nazification and Denazification of Physics“, in: Kertz, *Hochschule und Nationalsozialismus*, 79–91.

65 Vgl. z. B. Hortleder, *Gesellschaftsbild*; Ders., *Ingenieure in der Industriegesellschaft. Zur Soziologie der Technik und der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz im öffentlichen Dienst und in der Industrie*, Frankfurt a. M. 1973; Joachim Radkau, *Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Frankfurt a. M. 1989; Peter Weingart (Hg.), *Technik als sozialer Prozeß*, Frankfurt a. M. 1989; Wolfgang König (Hg.), *Umorientierungen. Wissenschaft, Technik und Gesellschaft im Wandel*, Frankfurt a. M. 1994; Burkhard Dietz/Michael Fessner/Helmut Maier (Hg.), *Technische Intelligenz und „Kulturfaktor Technik“: Kulturvorstellungen von Technikern und Ingenieuren zwischen Kaiserreich und früherer Bundesrepublik Deutschland*, Münster/New York 1996; Beate Binder, *Elektrifizierung als Vision. Zur Symbolgeschichte einer Technik im Alltag*, Tübingen 1999; Heymann, „Kunst“ und „Wissenschaft“; Karl H. Metz, *Ursprünge der Zukunft. Die Geschichte der Technik in der westlichen Zivilisation*, Paderborn 2006; Christian Kleinschmidt, *Technik und Wissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2007. Einen Überblick über Fragestellungen und Methoden der Technikforschung bietet Günter Ropohl (Hg.), *Erträge der interdisziplinären Technikforschung. Eine Bilanz nach 20 Jahren*, Berlin 2001. Eine Geschichte der deutschen Technikhistoriographie nach 1945 liefern Wolfhard Weber/Lutz Engelskirchen, *Streit um die Technikgeschichte in Deutschland 1945–1975*, Münster u. a. 2000.

66 Vgl. z. B. Heymann, „Kunst“ und „Wissenschaft“, der betont, es fehle besonders für die Zeit nach 1945 an „umfassenden und differenzierten Studien über einzelne technische Disziplinen“ (ebd., 27).

67 Vgl. z. B. Donald A. MacKenzie/Judy Wajcman (Hg.), *The Social Shaping of Technology. How the Refrigerator got its hum*, Milton Keynes u. a. 1985; David Nye (Hg.), *Narratives and Spaces: Technology and the Construction of American Culture*, Exeter 1997. Einen Überblick zur kulturgeschichtlichen Technikforschung bietet Mikael Hård, „Zur Kulturge-

QUELLEN

Für die vorliegende Arbeit wurden hauptsächlich Verwaltungsakten der Technischen Hochschule Hannover sowie der Landes- und Besatzungsbehörden, Schriftwechsel, Sitzungsprotokolle der hochschulinternen Selbstverwaltungsgremien und der studentischen Vereinigungen, sowie Zeitungs- und Zeitschriftenartikel ausgewertet.

Die wichtigsten Quellen lagern im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv in Hannover. Es handelt sich um einen umfangreichen Aktenbestand (NHStA Nds. 423), der unter anderem Verwaltungsakten der Technischen Hochschule Hannover seit 1945, Dokumente der verfassten Studentenschaft, sowie die Korrespondenz der Hochschule mit der britischen Militärregierung und dem niedersächsischen Kultusministerium enthält. Außerdem wurden im Hauptstaatsarchiv die Entnazifizierungsakten der Professoren (NHStA Nds. 171 Hannover) sowie einzelne Personalakten (NHStA Hann. 146 A) ausgewertet. Auch wurden Akten aus dem Bestand des niedersächsischen Kultusministeriums (NHStA Nds. 401) für die Untersuchung herangezogen.

Im hannoverschen Stadtarchiv wurden unter anderem Protokolle von Ratssitzungen sowie Zeitungsartikel bearbeitet. Im Bundesarchiv Berlin wurde der Nachlass des sozialdemokratischen Kultusministers Adolf Grimme ausgewertet.

Recherchen in den Beständen des Public Record Office in London trugen zu einer genaueren Einschätzung der britischen Besatzungspolitik gegenüber den Hochschulen bei (Bestand PRO FO, Foreign Office).

Im Bundesarchiv Koblenz lagern die Akten des Korporationsverbandes VVDSt (Verband der Vereine Deutscher Studenten/Kyffhäuserverband) und seiner Altherrenverbände (BA B 165). Diese konnten nach dem Einholen einer Genehmigung des VVDSt eingesehen werden. Im Würzburger Institut für Hochschulkunde konnten, ebenfalls mit Genehmigung vereinzelter studentischer Vereinigungen, interne Veröffentlichungen und Protokolle verschiedener Studentenverbindungen ausgewertet werden. Dies erwies sich als besonders wertvoll für die vorliegende Arbeit, weil die meisten Korporationen, die noch heute an der Universität Hannover vertreten sind, ihre Aktenbestände häufig nicht an die Archive abgegeben haben und auch keine Genehmigung zur Einsichtnahme erteilten.

Das für diese Studie maßgebliche zeitgenössische Schrifttum besteht neben Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln im Wesentlichen aus Publikationen der Technischen Hochschule Hannover und ihrer Angehörigen. Zu nennen sind vor allem die Hochschuljahrbücher, die seit 1949 regelmäßig erschienen und der Selbstdarstellung der Hochschule in der Öffentlichkeit dienten.

Ergänzend zu den Quellenrecherchen wurden Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen geführt. Es handelte sich bei den GesprächspartnerInnen um ehemalige Studierende und AssistentInnen der Technischen Hochschule Hannover.

schichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin. Eine internationale Literaturübersicht“, in: *Technikgeschichte* 70 (2003), H. 1, 23–45.

Die Gespräche waren als lebensgeschichtliche Interviews konzipiert und wurden auch als solche geführt. Sie waren als subjektive Hintergrund- und Stimmungsberichte wertvoll für diese Arbeit.⁶⁸

METHODISCH-THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN

Nachdem die Geschichte der deutschen Universitäten und Hochschulen in den 1950er und 1960er Jahren häufig allein zur positiven öffentlichen Selbstdarstellung derselben geschrieben wurde, haben sich in den letzten Jahrzehnten nicht zuletzt in Folge der Studentenbewegung kritischere Ansätze durchgesetzt.⁶⁹

Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel, die Geschichte der Institution in die Gesellschaftsgeschichte der Zeit einzubetten. Sie folgt dabei Ansätzen, die von einem relationalen Verständnis von Struktur und Akteur ausgehen.⁷⁰ Sozial-, politik- und kulturgeschichtliche Fragestellungen werden miteinander verbunden. So kann die Studie nicht nur die Lebensverhältnisse der Hochschulangehörigen nach 1945 und die Politik der Landesregierung sowie der britischen Militärregierung in den Blick nehmen. Auch die Diskussions- und Repräsentationskultur an der Hochschule, ihre Kommunikationsformen nach innen und außen sowie die Position ihrer Angehörigen in zentralen Diskursen der Zeit können so analysiert werden. Kulturgeschichtliche Ansätze erweitern die historiographische Perspektive, indem sie „die Wirklichkeit als ein Ensemble von Produktionen, Deutungen und

68 Eine ausführliche, methodisch korrekte Auswertung dieser Interviews hätte die ZeitzeugInnen, ihre biographischen Selbstkonstruktionen und Motivationen sowie letztendlich die Probleme der „Oral History“ und der subjektiven Erinnerung in den Mittelpunkt zu stellen. Da dies im Rahmen der vorliegenden Studie nicht geleistet werden kann, wurden Aussagen aus den Interviews nur an wenigen Stellen in die Untersuchung einbezogen. Zur Durchführung und Auswertung lebensgeschichtlicher Interviews vgl. z. B.: Jean-Claude Kaufmann, *Das verstehende Interview*, Konstanz 1999, 65ff., 99ff.; Roswitha Breckner, „Von den Zeitzeugen zu den Biographen. Methoden der Erhebung und Auswertung lebensgeschichtlicher Interviews“, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte*, Münster 1994, 199–222; Alexander von Plato, „Zeitzeugen und die historische Zunft. Erinnerung, kommunikative Tradierung und kollektives Gedächtnis in der qualitativen Geschichtswissenschaft – ein Problemaufriss“, in: *BIOS Jg. 13 (2000)*, H.1, 5–29; Harald Welzer, „Das Interview als Artefakt. Zur Kritik der Zeitzeugenforschung“, in: *BIOS, Jg. 13 (2000)*, H.1, 51–63. Vgl. hierzu auch die Überlegungen von Schröder, Studenten, 23f. Anette Schröder bezieht Interviews ebenfalls nur punktuell in ihre Analyse ein.

69 Für diesen Wandel waren unter anderem die Auseinandersetzungen um Rolf Seeligers Dokumentation „Die braune Universität“ sowie die Vorlesungsreihen zur NS-Geschichte der Universitäten in den 1960er Jahren bedeutsam (Sparing/Woelk, Forschungsergebnisse und -desiderate, 16ff.).

70 Vgl. a. Thomas Mergel/Thomas Welskopp, „Geschichtswissenschaft und Gesellschaftstheorie“, in: Dies. (Hg.), *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft: Beiträge zur Theoriedebatte*, München 1997, 9–35; Thomas Welskopp, „Der Mensch und die Verhältnisse. „Handeln“ und „Struktur“ bei Max Weber und Anthony Giddens“, in: Mergel/Welskopp, *Geschichte*, 39–70.

Sinngewebungen⁷¹ untersuchen. Im Rahmen einer solchen Herangehensweise wird nicht nur eher „klassischen“ Untersuchungsgegenständen gesellschaftliche Wirkungsmacht zugeschrieben – also etwa den Handlungen und Entscheidungen von Akteuren – sondern ebenso zeitgenössischen kulturellen Praxen, etwa Repräsentationen, Sprechweisen und Symbolsetzungen.⁷²

Zentrale Gegenstände dieser Untersuchung, wie etwa die Frage nach den Identitätskonstruktionen von Angehörigen der technischen Intelligenz, die Untersuchung der individuellen und kollektiven Strategien im Umgang mit der NS-Vergangenheit und die Frage nach den Redeweisen bei politischen Themen, berühren die Anliegen der auf Michel Foucault zurückgehenden Diskursanalyse⁷³, ohne dass der Anspruch erhoben wird, eine solche etwa nach der Methode Siegfried Jägers⁷⁴ im Rahmen dieser Arbeit mit letzter Konsequenz durchzuführen. Als Praktiken, die Wissen konstituieren, formen und verbreiten, sind Diskurse mehr als reine Sprechakte oder „Diskussionen“, da sie immer auch Effekte erzeugen, welche die Realität mit strukturieren. Einem auf Diskussionen verkürzten Diskursbegriff entgehen sämtliche anderen Elemente diskursiver Praxis, zu denen etwa auch die Formen der Selbstinszenierung im Rahmen einer Feier gehören können. Gerade anhand solcher Rituale lassen sich Erkenntnisse über Machtbeziehungen und Sinndeutungen der Akteure gewinnen, wie etwa André Burguière in Abgrenzung zur klassischen Institutionengeschichte unterstreicht:

„Das Kennzeichen der Macht ist, daß sie niemals genau an dem Platz ist, an dem sie sich zeigt; deshalb hat man bei der Historiographie der Institutionen oft den Eindruck, daß sie verpasste Rendezvous mit ihrem Gegenstand sammelt.“⁷⁵

Die in dieser Arbeit untersuchten Reden und Texte, die die Angehörigen der Technischen Hochschule Hannover etwa zum Thema Technik verfassten, sind als Diskursfragmente⁷⁶ eines umfangreichen und mehrdimensionalen Technik-Diskurses nach 1945 anzusehen. Dieser umfasste zahlreiche schriftliche, verbale und visuelle Äußerungen zum Thema Technik und Techniker und formte so die

71 Mergel, Überlegungen, 590. Clifford Geertz etwa versteht „Kultur“ als ein System von Bedeutungen, Vorstellungen und Auffassungen, das kontinuierlich neu ausgehandelt und bestätigt werden muss (Clifford Geertz, *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1991, 46).

72 Vgl. z. B. Ute Daniel, *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter*, Frankfurt a. M. 2001; Christoph Conrad/Martina Kessel (Hg.), *Kultur & Geschichte. Neue Einblicke in eine alte Beziehung*, Stuttgart 1998; Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Kulturgeschichte Heute, Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 16*, Göttingen 1996; Daniel Fulda, „Sinn und Erzählung – Narrative Kohärenzansprüche der Kulturen“, in: Friedrich Jaeger/Burkhard Liebsch (Hg.), *Handbuch der Kulturwissenschaften. Band 1: Grundlagen und Schlüsselbegriffe*, Stuttgart 2004, 251–265.

73 Vgl. etwa Michel Foucault, *Archäologie des Wissens*, 3. Aufl. Frankfurt a. M. 1988; Ders., *Diskurs und Wahrheit. Berkeley-Vorlesungen 1983*, Berlin 1996.

74 Siegfried Jäger, *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*, Münster 2004, 171ff.

75 André Burguière, „Historische Anthropologie“, in: Jacques Le Goff/Roger Chartier/Jacques Revel (Hg.), *Die Rückeroberung des historischen Denkens. Grundlagen der neuen Geschichtswissenschaft*, Frankfurt a. M. 1990, 62–102, hier 72.

76 Vgl. Jäger, Diskursanalyse, 188ff.

Wahrnehmung und das Wissen der Individuen zu diesem Thema. Die Diskursanalyse fragt indessen auch nach den Grenzen des Sagbaren⁷⁷, die die Individuen einhalten, aber unter bestimmten Umständen auch verschieben können. Für die Herausarbeitung des Sagbaren bzw. Unsagbaren innerhalb eines Diskurses ist das trotz etwaig vorhandenen Wissens der Akteure regelmäßig Ungesagte konstitutiv; dies beispielsweise im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.⁷⁸ Hierbei müssen Gegenkräfte, die die Grenzen des Sagbaren in Frage stellten oder übertraten, besonders beachtet werden.

Oft sind entweder Professoren oder Studierende als Gruppe Gegenstand hochschulgeschichtlicher Untersuchungen. Obwohl hierdurch eine große Tiefenschärfe erreicht werden kann, werden in der vorliegenden Arbeit die Situation sowie die Aushandlungs- und Kommunikationsprozesse beider Gruppen in den Blick genommen. Professoren und Studierende gemeinsam zu untersuchen trägt nicht zuletzt der Tatsache Rechnung, dass insbesondere die Diskussionen und politischen Haltungen der Studierenden von den Professoren mit geprägt wurden. Darüber hinaus können so jene Erwartungen herausgearbeitet werden, die die Generation der Älteren an die Jüngeren herantrug.

Der Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit umfasst die Phase vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur 125-Jahrfeier der Technischen Hochschule Hannover im Jahre 1956. Die Wahl dieses Jahres als Endpunkt der Untersuchung orientiert sich an den Rückblicken der Akteure an die als mühselig gedeutete Wiederaufbau-Zeit, als deren gelungenes Ende das Jubiläum galt. Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit liegt zudem auf den unmittelbaren Nachkriegsjahren, da die Zeit bis etwa 1951 als eigentliche Formierungsphase angesehen werden kann, in der wichtige Weichenstellungen für die Zukunft der Hochschule vorgenommen wurden.

AUFBAU DER STUDIE

Das erste Kapitel beschäftigt sich mit der Wiedereröffnung und mit ausgewählten Aspekten des Wiederaufbaus der Technischen Hochschule Hannover. Dabei steht neben dem Verhältnis der Hochschule zur Stadt Hannover und zur niedersächsischen Landesregierung auch die Frage des Umgangs mit dem eigenen baulichen Erbe im Vordergrund. Anhand des Wiederaufbaus des Hauptgebäudes (Welfenschloss) wird gezeigt, welche Teile der alten Gebäudestruktur man für bewahrenswert hielt und wie der Neubau einzelner Gebäudeteile gestaltet wurde. Wie-

77 Philipp Sarasin, *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*, Frankfurt a. M. 2003, 35. Vgl. a. Achim Landwehr, *Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse*, 2. Aufl. Tübingen 2004, 86f.

78 „Diskursanalyse erfasst somit (...) das jeweils Sagbare in seiner qualitativen Bandbreite bzw. alle Aussagen, die in einer bestimmten Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit geäußert werden (können), aber auch Strategien, mit denen das Feld des Sagbaren ausgeweitet oder auch eingengt wird, etwa Verleugnungsstrategien, Relativierungsstrategien etc.“ (Jäger, *Diskursanalyse*, 130).

deraufbauprojekte bieten nicht zuletzt Einblicke in die Identitätskonstruktionen und die Zukunftsvorstellungen der Akteure.⁷⁹

Im Kontext der Wiedereröffnung der Technischen Hochschule werden in diesem Kapitel auch die frühen vergangenheits- bzw. geschichtspolitischen⁸⁰ Weichenstellungen dargestellt, die die Hochschule als Institution vornahm. Hierzu gehörte die Rehabilitierung der von den Nationalsozialisten vertriebenen Hochschullehrer. Auch der Umgang der Hochschule mit Gebäuden, die sich in ihrem Besitz befanden und die ursprünglich zwei jüdischen Familien gehört hatten, wird hier untersucht.

Die Auseinandersetzung um eine mögliche Schließung der Hochschule wurde von vielen Angehörigen des Lehrkörpers als legitimatorische Herausforderung begriffen. In dieser Auseinandersetzung formulierte der Geodät Richard Finsterwalder Thesen zur Rolle der Hochschule in der NS-Zeit, deren Analyse dieses Kapitel abschließt.

Das zweite Kapitel befasst sich mit den politischen Säuberungsbemühungen und wechselt somit die Perspektive von der Hochschule als Institution zum Umgang der einzelnen Professoren mit der NS-Vergangenheit. Neben dem Verlauf und den Ergebnissen der Entnazifizierung in den drei Fakultäten werden die Rechtfertigungsschreiben der Professoren an die zuständigen Ausschüsse analysiert. Dabei werden sowohl die biographischen Selbstkonstruktionen der Professoren als auch ihr Wissenschaftsverständnis in den Blick genommen. Auch geht dieses Kapitel der Frage nach, wie die Professoren in den Entnazifizierungsverfahren miteinander umgingen und wo die Grenzen der „rituellen Kollegialität“ (Bernd Weisbrod) lagen.

Das dritte Kapitel wendet sich dem studentischen Leben nach Kriegsende zu. Hierbei wird die soziale Situation der Studierenden untersucht; auch wird nach

79 Dies hat beispielsweise Georg Wagner-Kyora anhand von Wiederaufbauprojekten in verschiedenen westdeutschen Städten gezeigt. Vgl. Georg Wagner-Kyora, „Wiederaufbau‘ und Stadt-Raum. Streit um die Rekonstruktion des Dortmunder Rathauses und der Alten Waage in Braunschweig 1974–1994“, in: Adelheid von Saldern (Hg.), *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten*, Stuttgart 2006, 209–238; Ders., „Lokale ‚Wiederaufbau‘-Politik im säkularen Konflikt. Die Zerstörung des Braunschweiger Residenzschlosses 1944/1960 und sein Neubau 2005“, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 46, 2006, 277–388. Astrid Hansen untersucht den Zusammenhang zwischen gesellschaftspolitischen Leitbildern und Wiederaufbauprojekten am Beispiel der Frankfurter Universitätsbauten (Astrid Hansen, *Die Frankfurter Universitätsbauten Ferdinand Kramers. Überlegungen zum Hochschulbau der 50er Jahre*, Weimar 2001).

80 Es wird hier den Definitionen von Norbert Frei und Edgar Wolfrum gefolgt. Vergangenheitspolitik sei ein „politische[r] Prozeß, der sich ungefähr über eine halbe Dekade erstreckte“ und konstituiere sich aus den Elementen „Amnestie, Integration und Abgrenzung“ (Vgl. Frei, *Vergangenheitspolitik*, 13f.). Die Analyse von Geschichtspolitik richte sich demgegenüber „auf die öffentlichen Konstruktionen von Geschichts- und Identitätsbildern, die sich über Rituale und Diskurse vollziehen (...)“ (Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung*, Darmstadt 1999, 32). Somit steht der Begriff der Vergangenheitspolitik für den institutionellen, der Begriff der Geschichtspolitik für den diskursiven, deutungskulturellen Umgang mit der NS-Vergangenheit.

der Lage und Rolle besonderer Gruppen innerhalb der Studentenschaft gefragt. Frauen, Displaced Persons und ehemalige Verfolgte des NS-Regimes bildeten Minderheiten unter den Studierenden. Wie die Hochschulleitung und die britische Militäradministration mit diesen Gruppen umgingen, steht im Zentrum dieses Teils der Arbeit.

Neben einer Analyse von öffentlich vorgetragenen Erwartungen der Älteren an die neue Studentengeneration bietet dieses Kapitel auch Einblicke in die Diskussionen der Studierenden: wie thematisierten sie ihre Situation und ihre eigenen politischen Vorstellungen und wie wollten sie die neuen studentischen Vereinigungen gestalten? Dabei steht auch der Streit um das Wiederaufleben der Burschenschaften und Corps in den 1950er Jahren im Mittelpunkt. Hierbei gilt es unter anderem zu untersuchen, ob es hinsichtlich der zunächst verbotenen Symbole und Praktiken, also dem Farbentragen und dem Schlagen von Mensuren, Konflikte zwischen den jungen Mitgliedern und den „Alten Herren“ solcher Organisationen gab.

Das vierte Kapitel wechselt nochmals die Perspektive und bietet eine Analyse jener Diskussionen, in denen es um das Selbstverständnis der technischen Intelligenz ging. Hierbei werden sowohl die Kontinuitätslinien, die auf die Technikdebatten früherer Phasen verweisen, als auch die Veränderungen nach 1945 herausgearbeitet. Ein kurzer Rückgriff auf Argumentationsstränge aus der Weimarer Republik und der NS-Zeit leitet das Kapitel ein. Der Frage, wie die gesellschaftliche Rolle von Technik und Technikern nach 1945 gesehen wurde, wird am Beispiel von Angehörigen der Technischen Hochschule Hannover nachgegangen. Diese Vorstellungen und Deutungsangebote wirkten auf das Hochschulleben und prägten zudem das Technikverständnis der hier ausgebildeten nächsten Generation mit. Daher muss der Blick auch auf Aspekte des Wandels im Selbstverständnis der Techniker fallen, die vor dem Hintergrund der beginnenden Demokratisierung und „Westernisierung“ an Bedeutung gewannen. Abschließend wird in diesem Kapitel am Beispiel der Fachrichtung Verkehrswesen zur Geschichte eines Faches und seiner Repräsentanten beigetragen.

Im fünften Kapitel wird anhand ausgewählter Felder der Hochschulreformdebatte nach 1945 gezeigt, wie die Technische Hochschule Hannover auf den nicht nur von der britischen Militärregierung, sondern beispielsweise auch von den Gewerkschaften ausgehenden Demokratisierungsdruck reagierte und welche eigenen Vorstellungen zur Veränderung der Hochschulstruktur die deutschen Akteure in die Debatte einbrachten. Schwerpunkte dieses Teils der Arbeit bilden die Verfassungsfrage, die Diskussion um die Mitbestimmung von Nichtordinarien, Angestellten und ArbeiterInnen an der TH sowie die Debatte um eine soziale Öffnung der Hochschule, etwa durch die Zulassung von Studierenden ohne Abitur. Neben den konkreten Ergebnissen der Reformbemühungen nach 1945 wird untersucht, welche Reaktionen auf den Nationalsozialismus in die Reformdiskussion einfließen und wie die Hochschulangehörigen die politische Vergangenheit im Kontext dieser Auseinandersetzung interpretierten.

Das sechste Kapitel befasst sich mit der Entwicklung der Festkultur an der TH Hannover seit 1945 und untersucht insbesondere die Feierlichkeiten zum 125-

jährigen Jubiläum der Hochschule im Jahre 1956. Die einzelnen Elemente des Jubiläums, wie zum Beispiel Festreden und Gottesdienste, werden analysiert, um ein differenziertes Bild von der öffentlichen Selbstpräsentation der Hochschule zu gewinnen. Auch die Beteiligung der Studierenden, die zum Jubiläum einen Fackelzug und einen Festkommers organisierten, wird einbezogen. Anhand des Umgangs mit Repräsentationssymbolen wie etwa dem Talar kann nachvollzogen werden, wie sich in den ersten zehn Jahren nach Kriegsende die Festkultur an der Hochschule veränderte. In den Festreden und symbolischen Akten der hier untersuchten Ereignisse kommen Geschichtsinterpretationen und Selbstdeutungen der Akteure zum Ausdruck. Das Ereignis selbst gilt „als eine Art von Brennglas, durch das Strukturen gut erkennbar werden“.⁸¹ Im Rahmen der untersuchten Feierlichkeiten können viele Aspekte der Hochschulgeschichte nochmals aus einem anderen Blickwinkel und in einer Art Synthese betrachtet werden. Nicht zuletzt ermöglicht die Analyse der feierlichen Selbstinszenierungen der Hochschule zum Abschluss dieser Arbeit einen Ausblick auf die Zukunftsvorstellungen ihrer Angehörigen.

81 Adelheid von Saldern, „Herrschaft und Repräsentation in DDR-Städten“, in: Dies. (Hg.), *Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten*, Stuttgart 2003, 9–58, hier 37.